

4703/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Khol, Wurmitzer
und Kollegen

an den Bundeskanzler

betreffend die zukünftige Vorgangsweise bei der Bestellung von Mitgliedern der
Volksgruppenbeiräte im Lichte der jüngsten Judikatur des Verwaltungsgerichts -
hofes

Der Verwaltungsgerichtshof hat in seinem Beschluß vom 22. April 1998 zu einem
Beschwerdefall, in dem die unrichtige Zusammensetzung des Volksgruppen -
beirates für die slowenische Volksgruppe behauptet wurde, richtungsweisende
Feststellungen über den Gehalt und den rechtsförmlichen Abschluß der Verfahren
zur Bestellung von Beiratsmitgliedern getroffen:

1. Die Erledigungen des Bundeskanzleramtes betreffend die Bestellung zum
Mitglied eines Volksgruppenbeirates sind gegenüber den bestellten Personen
Bescheide, weil mit der Bestellung zum Mitglied eines Volksgruppenbeirates
Rechte und Pflichten verbunden sind.
2. Die in § 4 Abs. 2 Z 2 Volksgruppengesetz genannten repräsentativen Volks -
gruppenorganisationen haben nicht nur ein Anhörungsrecht und Vorschlags -
recht im Bestellungsverfahren, sondern ihnen kommt Parteistellung zu. Laut
VwGH bedeutet dies, "daß ihr (der repräsentativen Volksgruppenorganisation)
nicht bloß die Bestellungsbescheide betreffend die Mitglieder des Volks -
gruppenbeirates zuzustellen sind, sondern gleichzeitig mit der Bestellung auch
über ihre allfälligen Einwendungen in Bestellungsverfahren förmlich abzu -
sprechen ist".
3. Das Bestellungsverfahren ist daher nach Ansicht des Verwaltungsgerichtshofes
ein Mehrparteienverfahren, weil nicht nur die jeweils zu bestellenden Mitglieder,
sondern auch die repräsentativen Volksgruppenorganisationen Bescheid -
adressaten sind.

Nach Ansicht der unterzeichneten Abgeordneten werden diese Feststellungen des
VWGH umfangreiche Auswirkungen auf die zukünftigen Verfahren zur Nominierung
der Mitglieder von Volksgruppenbeiräten haben. Dem Bestellungsakt wird ein
Ermittlungsverfahren vorangehen müssen, das alle Parteien einbindet, ihnen die
Gelegenheit zur Stellungnahme bietet, über alle Einwendungen abspricht und
darüber hinaus hinsichtlich seiner Ergebnisse rechtlich überprüfbar ist. Insbeson -

dere ist bemerkenswert, daß die vorschlagsberechtigten Volksgruppenorganisationen gegen die Bestellung aller Mitglieder Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof erheben können. Dies bedeutet, daß diese Beschwerdelegitimation auch hinsichtlich der gemäß § 4 Abs. 2 Z 1 und 3 zu bestellenden Beiratsmitglieder, das sind Mitglieder eines allgemeinen Vertretungskörpers oder Personen, die als Angehörige der Volksgruppe von einer Kirche oder Religionsgemeinschaft vorgeschlagen wurden, gegeben ist. Das Ermittlungsverfahren des Bundeskanzleramtes wird sich daher hinsichtlich der gesamten Zusammensetzung des Volksgruppenbeirates als Mehrparteienverfahren gestalten müssen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundeskanzler folgende Anfrage:

1. Welche Schlußfolgerungen ziehen Sie allgemein aus dem oben erwähnten Beschluß des Verwaltungsgerichtshofes?
2. Wie werden Sie künftig das Ermittlungsverfahren zur Bestellung von Mitgliedern der Volksgruppenbeiräte gestalten?
3. Wie werden Sie sicherstellen, daß die in der betreffenden Volksgruppe wesentlichen politischen und weltanschaulichen Meinungen entsprechend vertreten sind?
4. Welche Ergebnisse von Wahlen zu allgemeinen Vertretungskörpern werden Sie im Hinblick auf die Zusammensetzung des Volksgruppenbeirates heranziehen, um der gesetzlichen Forderung nach entsprechender Vertretung der wesentlichen politischen und weltanschaulichen Meinungen nachzukommen?
5. Wie werden Sie insbesondere prüfen, welche Wahlen - als für die betreffende Volksgruppe maßgeblich - herangezogen werden?
6. Wie werden Sie vorgehen, um die Repräsentativität von Volksgruppenorganisationen zu eruieren?
 - a) Wie werden Sie insbesondere prüfen, welche Volksgruppenorganisationen für die betreffende Volksgruppe repräsentativ sind?
 - b) Werden Sie nach der Anzahl der Mitglieder derartiger Vereinigungen vorgehen?
 - c) Nach welchem anderen Kriterium wollen Sie die Beiratsmitglieder zwischen mehreren repräsentativen Vereinigungen verteilen?